

Wirtschaft

FTSE/MIB
20.281,38 +2,02% ↑ATX
2.328,90 +0,69% ↑FTSE 100
6.292,65 +1,83% ↑Nasdaq 100
10.632,66 -0,54% ↓DAX
12.950,49 +1,99% ↑EURO-STOXX
3.374,46 +1,07% ↑Dow Jones
26.810,85 +0,58% ↑Nikkei 225
22.954,63 +0,99% ↑

Kurse von 18 Uhr

„Die EU steht vor einer Zerreißprobe“

WIRTSCHAFTSPOLITIK: „Europatagung“ des Südtiroler Bildungszentrums – Walter Steinmair und Peter Hilpold über die Hilfsbereitschaft in Zeiten der Coronakrise

BOZEN. Die EU wurde durch Corona einem harten Stresstest unterzogen. Wird es gelingen, einen gemeinsamen europäischen Weg aus der Krise zu finden oder droht ein Rückfall in nationale Egoismen? Das war eine der brennenden Fragen bei der diesjährigen „Europatagung“ des Südtiroler Bildungszentrums. Im Rahmen der Veranstaltung haben wir die Universitätsprofessoren Walter Steinmair und Peter Hilpold zum Interview gebeten.

„Dolomiten“: Im Mittelpunkt der Tagung standen die Herausforderungen der Coronakrise auf die Wirtschaft und Gesellschaft in Europa. Worum ging es dabei genau?

Peter Hilpold: Der Euro-Raum steht vor einer Zerreißprobe. Eingeführt, um den Binnenmarkt abzustützen, hat es sich gezeigt, dass die einzelnen Volkswirtschaften in diesem Raum zu starke Entwicklungsunterschiede aufweisen und dass ein zentrales Korrektiv fehlt. Nur die Währungspolitik wurde „vergemeinschaftet“, nicht aber die Wirtschaftspolitik. Das Ergebnis war eine hinkende Wirtschafts- und Währungsunion mit Mitgliedstaaten, die immer weiter in die Schuldenfalle gerieten.

Walter Steinmair: Die Unterschiede im Ausmaß der Verschuldung werden von Jahr zu Jahr größer. Während der EU-Durchschnitt unter 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt, war die Staatsverschuldung Italiens 2019 bereits bei 135 Prozent und jene Griechenlands bei 180 Prozent. Durch die Corona-Pandemie steigt dieser Wert für Italien bis Jahresende laut vorsichtigen Prognosen auf 159 Prozent, wahrscheinlich aber noch höher. Auf die Dauer kann die Gemeinschaftswährung einem solchen Druck nicht standhalten.

„D“: Die Tagung hat als Lösungsansatz Solidarität vorgegeben. Wie weit ist dieser Ansatz realistisch und nützlich?

Hilpold: Solidarität ist ein sehr dehnbare Begriff. Darunter

wird alles Mögliche und das Gegenteil davon verstanden. Solidarität ist notwendigerweise mit Zuwendungen verbunden. Diese müssen, ja sollen, aber nicht völlig einseitig erfolgen, sondern können durchaus auch mit Auflagen verbunden sein, damit das eigentliche Problem an der Wurzel gepackt werden kann. Und das ist auch der eigentliche Streitpunkt in den jetzigen Verhandlungen mit der EU.

Steinmair: Aus dem ESM, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, und dem SURE-Programm stehen insgesamt 40 Milliarden Euro zweckgebunden zur Verfügung zur Unterstützung des Gesundheitsbereiches und zur Finanzierung der Kurzarbeit. Im Mittelpunkt wird aber der sogenannte Recovery Fund stehen, der auf einem deutsch-französischen Vorschlag basiert und eine gegenwärtig diskutierte Ausstattung von 750 Milliarden Euro aufweist. Italien soll aus diesen Mitteln den höchsten Anteil beziehen: 170 Milliarden. Diese sind für die Bewältigung der Coronakrise vorgesehen. Die geplante Zurverfügungstellung dieser Mittel ist ein Ausdruck wahrer europäischer Solidarität. Während in Italien bereits detaillierte Pläne für die Verteilung dieser Mittel erarbeitet werden, sind auf EU-Ebene allerdings noch zahlreiche Eckdaten strittig.

„D“: Man verteilt das Fell des Bren also bevor er erlegt ist?

Hilpold: So kann man das sagen. Schon die 750 Milliarden sind keineswegs in Stein gemeißelt. Dann stellt sich die Frage, in welcher Form diese Mittel zugewendet werden sollen. 2 Drittel als Zuschüsse, also als Schenkungen, und ein Drittel als Kredite, so wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen? Oder sollten nur Kredite vergeben werden und auch der Betrag reduziert werden, so wie von den Niederlanden, Österreich, Schweden und Dänemark vorgeschlagen? Wer sollte über die Vergabe entscheiden? Italien möchte möglich wenig Kontrollen und würde grundsätzlich eine politische Kontrolle der EU unter Einbeziehung



Kredite, Zuschüsse oder eine Mischform? Noch immer ist man sich in Europa nicht einig darüber, wie man besonders arg gebeutelten Ländern unter die Arme greifen könnte.



„Wie soll Italien Kredite je stemmen können? Die Staatsverschuldung des Landes wird durch die Corona-Pandemie extreme Werte erreichen.“

Walter Steinmair,
Universitätsprofessor

des Europäischen Parlaments bevorzugen. Die zuvor genannten Länder, die „sparsamen 4“, wollen hingegen eine mitgliedstaatliche Kontrolle garantiert sehen.

„D“: Eine reine Kreditlsung wäre für Italien nicht akzeptabel?

Steinmair: Wie soll Italien solche Kredite je stemmen können? Die Corona-Pandemie hat verheerende Auswirkungen auf das Land, und die bereits sehr hohe Staatsverschuldung wird

durch die geplanten Maßnahmen extreme Werte erreichen. Die zentrale Aufgabe wird sein, diese beiden Aspekte zu trennen. Einerseits wollen die „Sparsamen 4“ verhindern, dass die EU eine Schulden- bzw. Transferunion wird. Diese Forderung ist durchaus nachvollziehbar und auch legitim. Andererseits wird, was die Behebung der unmittelbaren Folgen der Coronakrise angeht, ein zentraler Ausgleichsmechanismus auf EU-Ebene notwendig sein, was einer weitergehenden Solidarität gleichkommt. Denn in einer realistischen Betrachtungsweise kann Italien auf sich allein gestellt diese historische Herausforderung nicht bewältigen.

„D“: Wie realistisch ist aber die Umsetzung eines solchen gemischten Pakets aus Zuschüssen und Krediten?

Hilpold: Die Voraussetzungen sind zweierlei Natur: Italien muss überzeugt werden, weitergehende Reformen durchzuführen, um langfristig auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Und den Regierungen der wohlhabenderen EU-Staaten muss es gelingen, ihre Bevölkerung, ihre Whler, zu überzeugen, dass hier Grzgigkeit ge-



„Die EU versucht, an weiteren Beitrags-Rabatten zu arbeiten. Aber der Spielraum ist sehr begrenzt.“

Peter Hilpold,
Universitätsprofessor

boten ist. Beides sind extrem schwierige Unterfangen.

„D“: Welche Reformen werden von Italien konkret verlangt?

Steinmair: Prinzipiell Reformen und Investitionen in die Zukunft des Landes: Ein effizientes System der öffentlichen Verwaltung, geeignete Infrastrukturen, wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung, die Reform des Pensions- und Gesundheitssystems sowie die nachhaltige und klimafreundliche Ausrichtung der gesamten

Volkswirtschaft. In vielen Bereichen hat Italien bereits auf die geforderten Reformen eingewilligt. Es stellt sich aber die Frage, ob Italien das auch umsetzen wird. Zentral ist hier, wie die Umsetzung letztendlich überwacht wird. Und in anderen Bereichen, etwa beim Pensionssystem, besteht nur geringe Verhandlungsbereitschaft: Insbesondere macht hier die sogenannte Quote 100 Italien unglaubwürdig. Die anderen EU-Länder sehen vielfach nicht ein, warum ein Staat finanziert werden soll, der seine Arbeitnehmer im Vergleich 6 bis 7 Jahre früher in Rente schickt.

Hilpold: Selbst wenn man die Regierungen der „sparsamen 4“ auf EU-Ebene von der Notwendigkeit eines Nachgebens überzeugen könnte, stellt sich die Frage, wie ein solcher Kompromiss intern vermittelt werden soll. Die EU versucht, an weiteren Beitrags-Rabatten für diese Staaten zu arbeiten. Aber der diesbezügliche Spielraum ist angesichts eines ohnehin schon sehr angespannten EU-Budgets sehr begrenzt. Man kann auf das Ergebnis des Gipfel-Treffens ab Freitag gespannt sein.

© Alle Rechte vorbehalten

► Siehe auch Bericht Seite 3

Inflation bleibt in Südtirol niedrig

TEUERUNGSRATE:
0,7 Prozent im Juni

BOZEN. Die Inflationsrate ist in Bozen nach Angaben der örtlichen Preisbeobachtungsstelle im Juni auf 0,7 Prozent nach oben geklettert. Im Mai lag die Inflation im Jahresvergleich noch bei 0,2 Prozent.

Trotz des Anstiegs bleibt die Teuerungsrate aber auf einem eher niedrigen Niveau. Die größten Preisbewegungen von Juni 2019 auf 2020 beobachteten die Statistiker der Südtiroler Landeshauptstadt bei der Bildung (plus 3,6 Prozent), gefolgt von den Ausgabenkapiteln Lebensmittel und alkoholfreie Getränke (plus 2,7 Prozent), alkoholische Getränke und Tabakwaren sowie Gastgewerbe (jeweils plus 2,5 Prozent).

Arbeitsverträge: Historischer Rückgang

ENTWICKLUNG: 7 Prozent weniger Arbeitsverträge von April bis Juni 2020 – Es gibt aber auch Lichtblicke

BOZEN (LPA). Neue Hiobsbotschaften vom Südtiroler Arbeitsmarkt: 7 Prozent weniger Arbeitsverträge sind von April bis Juni 2020 im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres verzeichnet worden. Das entspricht dem stärksten Rückgang seit dem Beginn der Aufzeichnung der Daten in dieser Form vor über 20 Jahren. Das geht aus der neuesten Ausgabe des Informationsblattes „Arbeitsmarkt-News“ hervor.

Selbst in der Krisenzeit Herbst-Winter 2009/10 betrug der Rückgang nicht mehr als einen halben Prozentpunkt.

Wie die von der Arbeitsmarktbeobachtung der Landesabteilung Arbeit ausgearbeiteten Daten zeigen, zeichnet sich seit Juni dieses Jahres aber eine beginnende Erholung ab, die bereits im Mai schwach zu erkennen war.



„Die Entwicklung am Arbeitsmarkt gleicht einer Achterbahnfahrt.“

Stefan Luther,
Direktor der Landesabteilung Arbeit

Dabei sind die Entwicklungen in den einzelnen Sektoren unterschiedlich. Wie der Direktor der Landesabteilung Arbeit, Stefan Luther, feststellt, ist eine Trennlinie bemerkbar: „Wo befristete Verträge verbreitet sind, lässt die Erholung auf sich warten, eine Ausnahme hierbei ist die Landwirtschaft.“ Es gebe auch Lichtblicke, etwa im Bauwesen: „Dort wird aktuell sogar ein leichtes Plus von 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet.“ Vor-

sicht sei allerdings geboten, da die Entwicklung auf dem Südtiroler Arbeitsmarkt derzeit einer Achterbahnfahrt gleiche. Zudem gebe es in Südtirol auch gebietsmig unterschiedliche Entwicklungen.

Nach dem Lockdown hat die Landesregierung Arbeit und wirtschaftliche Tätigkeiten schrittweise wieder zugelassen. „Der Südtiroler Weg über ein eigenes Landesgesetz hat sich als richtige Entscheidung erwiesen, auch um

die negativen Folgen eines Stillstandes möglichst abzufedern“, ist Arbeitslandesrat Philipp Achhammer überzeugt. „Um weitere Entscheidungen treffen zu können, beobachten wir die Situation am Arbeitsmarkt ständig. Die tagesaktuellen Arbeitsmarktdaten, die uns von der Arbeitsmarktbeobachtung seit kurzem zur Verfügung gestellt werden, unterstützen die Ausarbeitung gezielter Maßnahmen und umfassender Strategien. Daran wird auch über die Sommermonate gearbeitet.“

Die Landesabteilung Arbeit geht heuer für Südtirol von einer Arbeitslosenrate von 6 bis 9 Prozent aus (die „Dolomiten“ haben am 6. Juni berichtet, siehe digitale Ausgabe).

© Alle Rechte vorbehalten

INHALTE auf
abo.dolomiten.it

„Autostrade“: Atlantia lenkt ein

ASPI: Staatsbank soll Mehrheit übernehmen

ROM (APA). Im Streit um die Konzession für den größten Autobahnbetreiber Italiens ist eine Lösung in Sicht. Der Mehrheits-eigentümer von Autostrade per l'Italia (ASPI), die Infrastruktur-Holding Atlantia, erklärte gestern die Bereitschaft zum Rückzug und beugte sich damit dem Druck der Regierung. Die Mehrheit an ASPI soll nach dem Vorschlag die Staatsbank CDP übernehmen, wie die Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte nach einer sechsstndigen Nachtsitzung des Kabinetts mitteilte. Einem Insider zufolge sollen die Minister für Verkehr und Wirtschaft nun die Details aushandeln. An ASPI ist auch der deutsche Versicherungsriese Allianz beteiligt.